

ENERGIE, WIRTSCHAFT / 31.03.2014

NRW-Regierung will Garzweiler II früher stoppen - Landrat Petrauschke: "Wirtschafts- und energiepolitischer Blindflug von Rot-Grün"



Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

© M. Schiffer

Überraschend haben Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) heute auf einer Pressekonferenz verkündet, dass der Tagebau Garzweiler II früher als geplant gestoppt werden soll. Der Tagebau soll verkleinert werden und nur noch bis 2030 statt 2045 laufen. Darauf haben sich Rot-Grün in Düsseldorf geeinigt.

"Wirtschafts- und energiepolitischen Blindflug" wirft der Neusser Landrat Hans-Jürgen Petrauschke der rot-grünen Landesregierung vor. "Das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Kompetenz dieses Landes wird einmal mehr aus ideologischen Gründen auf 's Spiel gesetzt", sagt

Petrauschke. Diese Fehlentscheidung gefährde darüber hinaus tausende Arbeitsplätze. "Der Rhein-Kreis Neuss ist ein verlässlicher Partner und wir stehen an der Seite der Kumpels und Mitarbeiter von RWE." Aus Sicht Petrauschkes gibt es keinen Grund, heute bereits politische Grundsatzentscheidungen über Abbaugelände und Fördermengen in Garzweiler II vorzugeben. Es sei erkennbar, dass eine bezahlbare Energieversorgung in Deutschland noch längere Zeit auf die heimische Braunkohle angewiesen sei. Denn moderne Kohlekraftwerke wie die BoA-Blöcke in Grevenbroich-Neurath seien im Energie-Mix unverzichtbar, weil sie anders als Wind und Sonne immer und flexibel produzieren können. "Das mache sie zu einem Trumpf für die noch längst nicht abgeschlossene Energiewende", so Petrauschke.

Seit Jahrzehnten lebt der Rhein-Kreis Neuss im Rheinischen Revier von und mit der Braunkohleförderung. Auch energieintensive Branchen wie die Aluminiumindustrie hat sich wegen der Nähe zu den Kraftwerken hier angesiedelt. Der Tagebau Garzweiler ist 48 Quadratkilometer groß. Derzeit liegen laut RWE noch rund 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle, die bis 2045 abgebaut werden. Rund 35.000 Jobs, davon 10.300 beim Konzern RWE, hängen laut Experten in Nordrhein-Westfalen direkt oder indirekt an der Braunkohle.

© 2010 Rhein Kreis Neuss, Letzte Aktualisierung: 31.03.2014